

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21. August 2018

„Übernahme der privaten Anteile an der Governikus GmbH & Co. KG“

A. Problem

Die Governikus GmbH & Co. KG (Governikus KG) entwickelt, pflegt und vertreibt Informationstechnologie zur sicheren Verarbeitung, Übermittlung und Speicherung von Daten.

Die Kommanditisten der Governikus KG sind bislang die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), die Telekom Deutschland GmbH, die Sparkasse Bremen AG und die BREKOM GmbH. Konkret stellt sich das Beteiligungsverhältnis wie folgt dar:

Gesellschafter der Governikus KG	Anteil
Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)	55,1%
Telekom Deutschland GmbH	15,0%
Die Sparkasse Bremen AG	15,0%
BREKOM GmbH	14,9%
Kommanditkapital	100%

Die Governikus Bremen GmbH (Komplementärin), die die Geschäftsführung der Governikus GmbH & Co. KG wahrnimmt, ist eine 100%ige Gesellschaft der Stadtgemeinde Bremen.

Seit längerem besteht bei den privaten Anteilseignern der Governikus KG der Wunsch die Anteilsverhältnisse zu verändern und ggf. an private Dritte zu veräußern. Die FHB hat kein Vorkaufsrecht, ein Erwerb der Anteile über diesen Weg ist nicht möglich. Es gibt eine Reihe von Interessenten aus dem Kreis der privaten Softwarehersteller und von Unternehmensberatungen. Dieser Situation wurde nunmehr durch eine Prüfung der Übernahme der Anteile durch die FHB (Land) Rechnung getragen.

B. Lösung

Im Ergebnis wird vorgeschlagen, dass die FHB (Land) die Anteile der privaten Mitgesellschafter an der Governikus KG übernimmt. Die Stadt Bremen wäre dann mit 55,1% und das Land Bremen mit 44,9% an der Governikus KG beteiligt. Langfristig sollen die Anteile der Stadt ebenfalls an das Land Bremen übergehen.

Das Gesamtportfolio der Governikus KG kann unter dem Oberbegriff IT-Sicherheit zusammengefasst werden. Schwerpunktthemen sind dabei elektronische Signaturen, Kryptografie, Online-Personalausweis, rechtsverbindliche verschlüsselte Kommunikation, Langzeitaufbewahrung etc. Die strategische Planung der Gesellschaft sieht ein stärkeres Engagement für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben vor, es bestehen bereits Kontakte zu diversen Polizeieinheiten und zum Cyber Innovation Hub der Bundeswehr. Für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird bereits seit vier Jahren gearbeitet. Eine 100%ige Eigentümerschaft der öffentlichen Hand würde der Governikus KG neue Vertriebschancen eröffnen und ggf. Vergabeverfahren mit der öffentlichen Hand erleichtern. Innerhalb der deutschen öffentlichen Verwaltung besteht für die Governikus KG wenig Wettbewerb. Die absolute Eigentümerschaft der öffentlichen Hand an Governikus stützt die Bemühungen des Bremer Senats und anderer Verwaltungen in Deutschland im IT-Bereich und hier insbesondere im Bereich von Sicherheitsinfrastrukturen, die digitale Souveränität zu stärken.

Die Governikus KG erwirtschaftet ihren Jahresumsatz von 9 bis 10 Mio. € nahezu ausschließlich im öffentlichen Sektor. Mehr als 50% des Umsatzes werden mit dem IT-Planungsrat als Auftraggeber getätigt. Der IT-Planungsrat ist ein politisches Steuerungsgremium von Bund und Ländern, welches die Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik koordiniert. Die Governikus KG verantwortet mittlerweile drei sog. Anwendungen des IT-Planungsrates (Anwendung Governikus, Governikus MultiMessenger und Anwendung DVDV 2.0). Anwendungen sind IT-Lösungen, die aus Projekten oder projektähnlichen Strukturen des IT-Planungsrates hervorgegangen sind und nun gemeinsam genutzt, dauerhaft betrieben und weiterentwickelt werden. Konkret wird von einer Anwendung gesprochen, wenn eine E-Government-Lösung nach entsprechender Konzeptions-, Entwicklungs- und Testphase zur Unterstützung der Prozesse in der öffentlichen Verwaltung zum regelmäßigen Einsatz kommt.

- Die Anwendungen Governikus und DVDV betreffen alle 16 Bundesländer, alle Kommunen sowie den Bund.
- Für die Anwendung Governikus ist die FHB als federführendes Bundesland im IT-Planungsrat verankert, für DVDV ist maßgeblich der Bund im IT-Planungsrat zuständig.
- Die Anwendung Governikus MultiMessenger wird im IT-Planungsrat federführend durch Rheinland-Pfalz vertreten und per Verwaltungsvereinbarung von Rheinland-Pfalz auf die Länder und den Bund übertragen. Bisher haben sieben Länder sowie der Bund unterzeichnet, fünf weitere haben den Zeichnungsprozess auf den Weg gebracht.

Aufgrund dieser vielen Anwendungen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie der Governikus KG gegeben. Diese Zusammenarbeit soll auch institutionell abgesichert und gestärkt werden. Da Governikus Software-Lieferant für den Bund und alle Länder ist, ist es von Vorteil, wenn die Governikus KG sich auch gesellschaftsrechtlich komplett in öffentlicher Hand befindet. Denn dadurch ist die Einflussnahme ausschließlich aus öffentlichem Interesse auf die Gesellschaft gewährleistet.

Schließlich ist aus Sicht der Freien Hansestadt Bremen das Risiko zu bewerten, dass bei einem Verkauf der privaten Anteile an Dritte die Gefahr von unerwünschter

Einflussnahme auf die Firma Governikus droht. Gegenüber dem Bund und den Ländern sollte sich die Freie Hansestadt Bremen jedoch verpflichten, den Grad der digitalen Souveränität mindestens zu erhalten. Sollte z.B. ein ausländisches Unternehmen Anteile kaufen (direkt oder indirekt), droht die Kündigung der Verträge mit Governikus durch die Auftraggeber in Bund und Ländern. Dieses aus Sicht der Gesellschaft existenzielle Risiko kann nur durch eine Übernahme der Anteile in öffentliche Hand vermieden werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Kauf aus Gründen der digitalen Souveränität, Existenzsicherung der vorhandenen bremischen Gesellschaft und der Verbesserung der Auftragschancen der Governikus KG aus dem öffentlichen Bereich geboten ist. Die FHB kann ihre Vorreiterrolle im Rahmen des IT-Planungsrates ausbauen. Innovative E-Government-Lösungen werden vermehrt mit Bremen in Verbindung gebracht und das Image als moderne Verwaltung verbessern. Insgesamt wurde im Rahmen der Prüfung somit festgestellt, dass es vorteilhaft ist, die Governikus KG langfristig in eine 100%ige Gesellschaft der FHB (Land) zu überführen.

Mit den Mitgesellschaftern wurde daher über die Übernahme der Anteile durch die FHB (Land) verhandelt. Im Rahmen dieser Verhandlungen hat eine von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführte Unternehmensbewertung zum 31.12.2014 als wesentliche Grundlage gedient. Der Kapitalisierungszinssatz, die Liquidität, die Vermögens- und Ertragswerte der Governikus KG selbst sowie die Kapitalmarktdaten vergleichbarer Unternehmen sind dabei in die Unternehmensbewertung eingeflossen.

In 2014 wurde eine Wertbandbreite von 8.422 T€ bis 14.581 T€ als Unternehmenswert ermittelt. Seit der Bewertung hat sich die Gesellschaft positiver als erwartet entwickelt. Für das aktuell abgeschlossene Geschäftsjahr wurde im Rahmen der Bewertung ein Jahresüberschuss von 794 T€ berücksichtigt. Der Planwert wurde um 11% übertroffen. Aus diesen Gründen wurde ein Unternehmenswert von 14 Mio. € als Bemessungsgrundlage für den Kaufpreis zwischen den Gesellschaftern geeint. Dieser ist aus Sicht der FHB angemessen.

Der Kaufpreis für die Kommanditanteile der Sparkassen und der Telekom betragen jeweils 2,1 Mio. € (15% des Unternehmenswertes). Die Kommanditanteile der BREKOM sollen für 2,086 T€ (14,9% des Unternehmenswertes) veräußert werden. Die FHB (Land) verpflichtet sich mit der Übernahme der Anteile zu einer Mehrerlösklausel: Wenn die erworbenen Anteile in den nächsten zwei Jahren veräußert werden, stehen 90% der Mehrerlöse den Anteilsverkäufern zu. Dies ist unkritisch, da kein Weiterverkauf dieser Anteile beabsichtigt wird. Die FHB (Land) übernimmt im Rahmen des ausgehandelten Gesamtergebnisses zusätzlich die Gewerbesteuer in Höhe von rund 500 T€, die bei den Verkäufern im Rahmen der Anteilsübertragung entsteht. In Summe entsteht eine finanzielle Verpflichtung in Höhe von rund 6,8 Mio. € für die FHB (Land).

Dem Haushalts- und Finanzausschuss wird die entsprechende Vorlage in der Sitzung am 24.08.2018 zur Zustimmung vorgelegt. Die Übertragung ist mit Wirkung zum 31.08.2018 vorgesehen.

C. Alternativen

Alternativen sind nicht zu empfehlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die notwendigen Mittel in Höhe von 6,8 Mio. € sollen aus Zinsminderausgaben finanziert werden.

Es gibt keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen durch die Übernahme der privaten Anteile an der Governikus GmbH & Co. KG.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Erfolgt nach Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses.

G. Beschluss

Der Senat stimmt dem Kauf der Anteile der privaten Mitgeschafter an der Governikus GmbH & Co. KG durch das Land Bremen für 6,8 Mio. € und dem Finanzierungsvorschlag aus Zinsminderausgaben zu.